

FREIBERUFLER-TICKER vom 23. April 2021

1. Auftakt einer BFB-Kampagne: „Wir bilden die Zukunft aus!“

Mit dieser Schlagzeile startet der gut einminütige [Film](#), der skizziert, was die Freien Berufe als drittgrößter Bereich bei der beruflichen Ausbildung alles leisten. Er ist der Auftakt einer BFB-Kampagne zu Ausbildungsbereitschaft und -angeboten der Freien Berufe. Mit den Zielen, das Interesse für eine Ausbildung bei den Freien Berufen zu wecken und deren Wert herauszustellen. Nächste Bausteine folgen bald.

2. Liste der beliebtesten Ausbildungsberufe 2019 veröffentlicht

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamts vom 21. April 2021 anlässlich des Girls' Day und Boys' Day am 22. April 2021 war die Kauffrau für Büromanagement 2019 der beliebteste Ausbildungsberuf bei den weiblichen Auszubildenden mit einem Anteil von zehn Prozent. Bei den männlichen Auszubildenden war der Kraftfahrzeugmechatiker mit einem Anteil von 6,5 Prozent der am meisten nachgefragte Beruf. Auf den zweiten Platz bei den Neuverträgen der weiblichen Auszubildenden kam 2019 der Ausbildungsberuf der Medizinischen Fachangestellten (8,4 Prozent), auf den dritten Platz Kauffrau im Einzelhandel (6,9 Prozent) und den vierten Platz der Zahnmedizinische Fachangestellte (6,3 Prozent). Die beliebtesten Ausbildungsberufe für junge Männer sind Kfz-Mechatroniker, Fachinformatiker und Elektroniker.

3. Weniger Betriebe vom Lockdown betroffen

23 Prozent der Betriebe sind nach den Regelungen des Lockdowns in ihrer Geschäftstätigkeit eingeschränkt. Sie mussten ihre Geschäftstätigkeit vorübergehend ganz oder teilweise einstellen. Sechs Prozent der Betriebe geben an, vollständig geschlossen zu haben. Im Januar 2021 berichteten die Betriebe noch zu 28 Prozent, ganz oder teilweise geschlossen zu haben. Das geht aus einer zwischen 22. März und 8. April 2021 durchgeführten Befragung von Betrieben durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hervor, deren [Ergebnisse](#) am 19. April 2021 veröffentlicht wurden. Allerdings sind die einzelnen Branchen unterschiedlich betroffen. Insgesamt sehen sich zwölf Prozent aller Betriebe akut in ihrer Existenz bedroht. Dabei sind insbesondere kleinere Betriebe mit zehn bis 49 Beschäftigten und Kleinstbetriebe mit einem bis neun Beschäftigten betroffen: Neun Prozent beziehungsweise 13 Prozent sehen sich aktuell existenzgefährdet.

4. EU-Arbeitsmarkt im Corona-Jahr 2020

2020 war der Arbeitsmarkt in der Europäischen Union (EU) stark von der COVID-19-Pandemie betroffen. Die Beschäftigungsquote für Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren ging im Vergleich zu 2019 um 0,7 Prozentpunkte auf 72,4 Prozent zurück. Die Beschäftigungsquote für Männer dieser Altersgruppe lag bei 78,1 Prozent nach 79 Prozent in 2019. Die Frauenquote lag bei 66,8 Prozent nach 67,3 Prozent in 2019. Diese Entwicklung führte zu einem weiteren Rückgang des geschlechtsspezifischen Beschäftigungsgefälles auf 11,3 Prozentpunkte gegenüber 11,7 Prozentpunkten in 2019. Darüber [informierte](#) das statistische Amt der EU am 21. April 2020. Unter den Mitgliedstaaten verzeichneten alle bis auf drei zwischen 2019 und 2020 einen Rückgang der Beschäftigungsquote. Schweden wies mit 80,8 Prozent die höchste Beschäftigungsquote auf, während die niedrigste in Griechenland mit 61,1 Prozent zu verzeichnen war. Der Wert für Deutschland liegt bei 80,1 Prozent. Die größten Rückgänge bei der Beschäftigungsquote zwischen 2019 und 2020 waren in Spanien (minus 2,3 Prozentpunkte

auf 65,7 Prozent), Irland (minus 1,7 Prozentpunkte auf 73,4 Prozent) und Bulgarien (minus 1,6 Prozentpunkte auf 73,4 Prozent) zu verzeichnen. Zuwächse gab es in Malta (plus 0,6 Prozentpunkte auf 77,4 Prozent), Polen (plus 0,6 Prozentpunkte auf 73,6 Prozent) und Kroatien (plus 0,2 Prozentpunkte auf 66,9 Prozent).

5. Wirtschaftliche Folgen der Krise machen Städten am meisten zu schaffen

Städte sind von der Corona-Krise wirtschaftlich am stärksten betroffen. Die Arbeitslosigkeit stieg dort deutlicher und die Geschäftslage der Unternehmen verschlechterte sich mehr als in den übrigen Regionen Deutschlands. Beim Anstieg der Kurzarbeit trifft es den industriestarken Südwesten am härtesten. Das sind zentrale [Ergebnisse](#) einer Studie des ifo Instituts, die am 19. April 2021 veröffentlicht wurde.

6. Kabinett beschließt Deutsches Stabilitätsprogramm

Das Kabinett beschloss am 21. April 2021 das [Deutsche Stabilitätsprogramm 2021](#). Die Zahlen zeigen, dass Deutschland trotz der Hilfszahlungen in der Pandemie weiterhin gut aufgestellt ist. Alle europäischen Mitgliedstaaten legen der Europäischen Kommission und dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister jährlich bis Ende April ihre mittelfristigen Finanzplanungen vor. Mit dieser Vorlage der Stabilitätsprogramme kommen die EU-Mitgliedstaaten den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts nach. Das deutsche Stabilitätsprogramm berichtet über die Entwicklung des gesamtstaatlichen Haushalts (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen) und die Zielsetzungen der deutschen Finanzpolitik.

7. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen verändert sich

In der Corona-Zeit ist das konkrete gesellschaftliche Engagement der Unternehmen merklich zurückgegangen. Der gute Wille ist dennoch da: Der Engagement-Indikator ist sogar noch gestiegen. Er kletterte bis November 2020 im Vergleich zum Vor-Corona-Niveau um elf Prozentpunkte. Das ergab eine [Befragung](#) von „Zivilgesellschaft in Zahlen“ im Stifterverband und der Bertelsmann Stiftung vom Ende vergangener Woche. Vor der Corona-Pandemie sahen sich 46 Prozent der Unternehmen in der Verantwortung, sich für die Gesellschaft zu engagieren. Im November 2020 waren es 57 Prozent. Der Anteil der Unternehmen, die regelmäßig Geld spenden, ist gesunken – von 54 Prozent vor der Pandemie auf 37 Prozent im November 2020. Der Anteil der Unternehmen, die regelmäßig Sachspenden leisteten, fiel von 44 auf 34 Prozent, Zeitspenden reduzierten sich von 35 auf 26 Prozent.

8. EU-Kommission legt umfassende Vorschläge zur künftigen Regulierung der KI vor

Die Europäische Kommission legte am 21. April 2021 umfassende [Vorschläge](#) zur künftigen Regulierung der Künstlichen Intelligenz (KI) vor. [Zielsetzung des Regulierungsvorschlags](#) war es, die Balance zwischen einer innovationshemmenden Überregulierung und der Gewährleistung einer notwendigen Minimierung beträchtlicher Risiken zu finden. Ethische und demokratische Vorgaben wurden hierbei in den Fokus genommen. Daher sieht der Entwurf einige eng umfasste Bereiche vor, in welchen KI grundsätzlich nicht zur Anwendung kommen darf.

9. Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ zieht Zwischenbilanz

Um gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen, hat die Bundesregierung im Juli 2018 eine Kommission eingesetzt. Zu den bisherigen Maßnahmen zog das Bundeskabinett am 21. April 2021 eine [Zwischenbilanz](#). Ergebnis ist, dass mit vielen Maßnahmen unmittelbar begonnen und wichtige Weichen gestellt wurden. Dabei spielen für die Bundesregierung der gesellschaftliche

Zusammenhalt und das freiwillige Engagement eine wichtige Rolle für gleichwertige Lebensverhältnisse. Es ist daher aus Sicht der Bundesregierung ein besonderer Erfolg, dass mit der [Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt](#) eine Institution geschaffen wurde, die das Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement dauerhaft stärkt und fördert. Der Bund wird auch für die Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung im Rahmen des Gute-KiTa-Gesetzes über 2022 hinaus seine Verantwortung wahrnehmen. Die Zwischenbilanz richtet ganz bewusst auch den Blick nach vorn und benennt die konkreten Aufgaben, die Bund, Länder und Kommunen gemeinsam mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft in den nächsten Jahren anzugehen haben. Ziele bleiben auch in Zukunft: (1) Eine gerechte Verteilung von Ressourcen und faire Teilhabechancen für alle in Deutschland lebenden Menschen erreichen, (2) Ungleichheiten verringern und deren Verfestigung verhindern sowie strukturschwache Regionen stärken, (3) die traditionelle Stärke Deutschlands mit seiner dezentralen Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur auch in Zeiten des Wandels erhalten, (4) den Wegzug aus vielen Regionen und den Druck auf die Ballungsräume mit seinen volkswirtschaftlichen Kosten und sozialen Folgen dämpfen und (5) den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land sichern.

10. Bericht über Bildung für nachhaltige Entwicklung beschlossen

Das Bundeskabinett [beschloss](#) am 21. April 2021 den siebten Bericht über Bildung für nachhaltige Entwicklung. Dieser enthält zahlreiche Aktivitäten von Bund, Ländern, Kommunen und Gesellschaft im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung von 2017 bis 2021. Überdies nahm sich die Bundesregierung in den vergangenen Jahren verstärkt der Aufgabe an, das Leitprinzip Nachhaltigkeit im gesamten Bildungswesen zu verankern. Konkret soll Bildung für nachhaltige Entwicklung die Menschen befähigen, nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit zu handeln. Beispielsweise gehört dazu, die Natur zu schützen und die künftigen Generationen mit heutigen Entscheidungen nicht zu belasten. Bei der Umsetzung des Leitprinzips Nachhaltigkeit orientiert sich die Bundesregierung an den Inhalten des im Juni 2017 verabschiedeten „Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Der Bericht über Bildung zur nachhaltigen Entwicklung wird auf Basis eines Beschlusses des Deutschen Bundestages einmal pro Legislaturperiode vorgelegt.